Urteile und Einstellungen der Christen Europas und Nordamerikas zu den kirchlichen Verhältnissen in Deutschland (1934–1939)

Karl Schwarz

„... Wie verzerrt ist nun alles!“ Die Evangelische Kirche und der Anschluß Österreichs an Hitlerdeutschland im März 1938

„Von gestern auf heute in Österreich der Nationalsozialismus an der Macht. Deutsche Truppen zur Vermeidung von Blutvergießen nach Österreich entsandt. [...] An dem Gedanken des Zusammenschlusses Österreichs und Deutschlands wird der Deutsche immer wieder hängen. Aber wie verzerrt ist nun alles. [...] Hitler ist in Österreich. [...] Ein großer, und zwar der aktive Teil der Bevölkerung Österreichs muß hinter diesen Vorgängen stehen, sonst wären diese Verbrüderungsszenen nicht möglich. In alledem, so gefährlich die Gesamtentwicklung ist, steckt viel ehrlicher Wille.“
(Jochen Klepper, 12. 3. 1938)

„Die letzten Wochen sind die bisher trostlosesten unseres Lebens. Der ungeheure Gewaltakt der Österreichannexion, der ungeheure Machtzuwachs nach außen und innen, [...] Wir werden das Ende des dritten Reichs nicht mehr erleben.“
(Victor Klemperer, 20. 3. 1938)

I. Einleitung

Zwei Berliner Tagebücher thematisieren den Anschluß Österreichs an Hitlerdeutschland; die Empfindung des Literaturhistorikers Victor Klemperer (1881–1960) vom „ungeheuren Machtzuwachs nach außen und innen“¹ könnte nach-

¹ *Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941* (Berlin 1995) 399.

gerade als Überschrift dieser Forschungstagung dienen. Es ist davon auszugehen, daß der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich die Herrschaft des Nationalsozialismus stabilisiert hat – nach außen wie nach innen².

Jochen Kleppers (1903–1942) Tagebucheintragung ruft die großdeutsche Tradition in Erinnerung, die durch das Geschehen der Märztage 1938 „verzerrt“ würde³. Gleichwohl konzidierte er angesichts der Menschenmassen, die in Wien dem deutschen Reichskanzler beim Zelebrieren seines Einzugs zujubelten, daß „in alledem [...] viel ehrlicher Wille“ stecke, mag die Gesamtentwicklung auch gefährlich sein. Nach einer Aussage von Hitlers Platzhalter Arthur Seyss-Inquart sollen 500 000 bis 600 000 Wiener an den Straßen gestanden sein, um ihren „Führer“ zu sehen⁴. Verstellen diese nicht die Geschichte? War nicht Österreich „das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer“ fiel, wie es in der Moskauer Erklärung vom 1. November 1943⁵ heißen wird?

Ein anderer Zeitzeuge der Ereignisse am Wiener Heldenplatz, Eugen Gerstenmaier (1906–1986)⁶, registrierte jene „Verbrüderungsszenen“ peinlich berührt. Das sei, so lautete die Auskunft seines Wiener Gastgebers („mit Tränen in den Augen“), keine Begeisterung für den Nationalsozialismus, sondern die Freude

² *Gerhard Botz*, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938–1940) (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 1, Wien ³1988); *ders.*, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39 (Wien, München 1978) 117–127 (zur „Gewinnung der Kirchen“).

³ *Jochen Klepper*, Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942, hrsg. von *Hildegard Klepper* (Stuttgart 1956) 563f.; vgl. dazu auch *Rita Thalmann*, Jochen Klepper, Ein Leben zwischen Idyllen und Katastrophen (München 1977) 176–180.

⁴ *Maximilian Liebmann*, Kirche und Anschluß, in: Staat und Kirche in der „Ostmark“ (Veröffentlichungen des Intern. Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg NF 70, Frankfurt a. M. u. a. 1998) 207–229, 213; *Gerald Stourzh*, *Birgitta Zaar* (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 16, Wien 1990).

⁵ Zit. bei *Gerhard Botz*, Krisen der österreichischen Zeitgeschichte, in: *ders.*, *Gerald Sprengnagel* (Hrsg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 13, Frankfurt a. M., New York 1994) 16–76, 24.

⁶ *Eugen Gerstenmaier*, Streit und Friede hat seine Zeit (Frankfurt a. M. 1981) 105. Gerstenmaier war auf Vortragsreise in Wien, er sprach auf einer als „Evangelische Woche“ bezeichneten Vortragsreihe an der Universität Wien, deren erster Teil noch stattfinden konnte, während die Vorträge am 11. und 12. März abgesagt werden mußten. Das Unternehmen „Otto“ war angelaufen, Österreich hatte zu bestehen aufgehört. *Alfred Garcia Sombreira Majer* (Hrsg.), Die Evangelische Woche in Wien 1927–1938. 1958–1995. Eine Festschrift zu ihrem Jubiläum (Wien 1995) 77. – Daß an dem Tag des Anschlusses eine Pfarrerkonferenz stattgefunden hätte, an der Friedrich Siegmund-Schultze voll Sorge über die jüngste Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Ökumene gesprochen habe und bei der Gerstenmaier in Begleitung von SS-Männern erschienen sei, um Siegmund-Schultze verhaften zu lassen – so Siegmund-Schultze in seinen Erinnerungen vom 18. 6. 1964, EZA Berlin 626 Karton 38 [freundlicher Hinweis von Prof. John Conway] –, konnte nicht verifiziert werden.

über den Anschluß an das Deutsche Reich. Damit war das Ziel aller großdeutschen Bemühungen, denen die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg einen Riegel vorgeschoben hatten, erreicht. Steckte, um noch einmal mit Klepper zu reden, wirklich „viel ehrlicher Wille“ dahinter?

War es der Wunsch eines Thomas Mann (1875–1955), der sich 1920 „von Herzen“ dazu bekannt hatte, daß sich der „Anschluß Österreichs an Deutschland“, der „nur eine Frage der Zeit ist“, „bald vollziehen möge“⁷, der im März 1938 realisiert wurde? Sein Kartengruß aus Kärnten, aus dem um die Integrität seiner Grenzen ringenden südlichsten Bundesland, hatte die Losung ausgegeben: „Ein Diener am deutschen Wort darf an das Kommen des Tages glauben, da alles, was deutsch spricht, in einem Staate und Reiche versammelt sein wird.“⁸ Wodurch unterscheidet sich dieses großdeutsche Bekenntnis des Dichters vom Tonfall der Vaterländischen Kundgebung des Königsberger Kirchentages 1927, die an die Auslandsdeutschen gerichtet ganz massiv jene Grenzen in Zweifel gezogen hat, „welche sonst noch trennen, was nach Blut und Geschichte, was von Gottes und Rechts wegen zusammengehört“? Waren damit auch die „Deutschösterreicher“ angesprochen? Sie träumten von der Revision der Nachkriegsordnung, insbesondere von der Aufhebung des Anschlußverbotes, das im „Friedensdiktat“ von St. Germain über „Deutschösterreich“ verhängt wurde.

Diesen Fragen soll in erster Linie im Blick auf die Evangelische Kirche nachgegangen werden, auch wenn diese bevölkerungsstatistisch gesehen eine marginale Größe darstellte und gerade 4,2% der Bevölkerung ausmachte. Der Protestantismus war im kollektiven Bewußtsein der österreichischen Gesellschaft durchaus präsent und zwar deshalb, weil der Begriff Assoziationen mit Preußen, mit Deutschland, mit dem Mutterland der Reformation, mit dem Verbündeten im Ersten Weltkrieg zuließ und produzierte. Wir können von einer tiefliegenden Konnotation von Protestantismus und Preußen ausgehen, die je nach Bedarf positiv oder negativ instrumentalisiert wurde.

Es wird kaum verwundern, daß es eine signifikante Affinität zwischen den Deutschnationalen Parteien und der Evangelischen Kirche gab⁹, etwa abzulesen an der Konfessionszugehörigkeit der Abgeordneten¹⁰: Von den 175 Abgeordne-

⁷ Thomas Mann, Heim ins Reich, in: Aufsätze, Reden, Essays, Bd. 3 (Berlin 1986) 83.

⁸ Thomas Mann, Grüße aus Kärnten, in: ebd. 78.

⁹ Walter B. Simon, Österreich 1918–1938. Ideologien und Politik (Wien 1984) 64; zum Landbund, der sich in den Landgemeinden als politischer Bündnispartner der evangelischen Bevölkerung verstand, vgl. Adam Wandruszka, Der „Landbund für Österreich“, in: Heinz Gollwitzer (Hrsg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert (Stuttgart 1977) 592–602; Günther R. Burkert, Der Landbund für Österreich, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995) 207–217. – Demgegenüber hat jüngst eine Klagenfurter Untersuchung die These von einer Korrelation von protestantischer Landbevölkerung und Landbund empirisch widerlegt: Johann Reif, Zwischen Standespartei und Volkspartei. Die Geschichte des Kärntner Landbundes und Bauernbundes von 1886 bis 1934 (phil. Diss. Klagenfurt 1989) 134–137.

¹⁰ Fritz Freund, Der österreichische Nationalrat. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1920–1922: II. Legislaturperiode (Wien, Leipzig o.J.) 16.

ten der zweiten Legislaturperiode 1920–1922 waren 23 evangelisch (7 hätten dem Gesamtdurchschnitt entsprochen); von diesen 23 Abgeordneten waren aber 12 Deutschnationale. Innerhalb ihrer Fraktion machten diese zwölf Evangelischen fast 50% aus, gegenüber 14 katholischen Abgeordneten – nach dem österreichischen Gesamtdurchschnitt hätte es 25:1 statt 14:12 aussehen müssen. Ich beziehe mich auf diese 2. Legislaturperiode, weil es 1921 aufgrund der Initiative der deutschnationalen Abgeordneten zur Inkorporierung der kleinen Evangelisch-theologischen Fakultät in die Universität Wien kam. Nur unter dieser Bedingung waren sie bereit, die vom christlich-sozialen Koalitionspartner geforderte Bestandsfestigkeit der Theologischen Fakultäten zu garantieren¹¹.

Und es wird auch weiter nicht verwundern, daß die Angehörigen dieses deutschnationalen Lagers die ersten waren, die vom Nationalsozialismus inhaliert wurden¹² und die ihre großdeutschen Visionen im Einmarsch Hitlers verwirklicht sahen: „Ich kann es kaum glauben, daß das nun Wirklichkeit geworden ist, was die Sehnsucht meiner Jugend, ja meiner Kindheit war“, so schrieb der Senioratskurator Dr. Wilhelm Dantine (1876–1946), ein deutschnationaler Rechtsanwalt aus Leoben/Steiermark, der in den zwanziger Jahren Abgeordneter der Großdeutschen Volkspartei und vierter Präsident des Steiermärkischen Landtags gewesen war, seinem Sohn Wilhelm Dantine jun. (1911–1981), damals Pfarrer in Wallern/Oberösterreich¹³. Er setzt fort mit dem Bericht: „Als wir heute um 1/4 3 Uhr früh die Bildung der neuen Regierung im Radio gehört hatten, da mußte ich im Gesangbuch aufschlagen: Nun danket alle Gott! – das alte Dank- und Siegeslied, das [...] auf so vielen preußischen Schlachtfeldern erklingen ist. Hoffentlich werden wir es morgen in der Kirche singen.“

Dieser Wunsch korrespondiert mit der Bereitschaft, Hitler als Gottes Werkzeug anzuerkennen und in dem weltgeschichtlichen Geschehen der „Heimkehr Österreichs in das Reich“ geradezu den Finger Gottes zu erblicken. Darauf waren

¹¹ Dazu *Karl Schwarz*, „... zur Erhaltung der universitas litterarum unentbehrlich“. Die Inkorporierung der Evangelisch-theologischen Fakultät in die Alma Mater Rudolphina im Jahre 1922, in: *WJTh* 2 (1998) 393–428.

¹² *Dirk Hänisch*, Die österreichischen NSDAP-Wähler (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek 35, Wien, Köln, Graz 1998). Es ist eine bemerkenswerte These dieser empirischen Analyse der politischen Herkunft und des Sozialprofils der NSDAP-Wähler, daß konfessionelle Faktoren nicht zu vorschnellen kausalen Verknüpfungen führen dürfen, so gab es NSDAP-Hochburgen in Niederösterreich, wo fast ausschließlich Katholiken lebten. Vgl. auch *ders.*, Politische Herkunft und Sozialprofil nationalsozialistischer Wähler in Kärnten 1923 bis 1932, in: *Alfred Elste, Dirk Hänisch*, Auf dem Weg zur Macht. Beiträge zur Geschichte der NSDAP in Kärnten von 1918 bis 1938 (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 8, Wien 1997) 99–208, bes. 143–150. Der Verfasser lehnt die These von einer überdurchschnittlich starken Affinität zur NS-Bewegung seitens der statistisch erfaßbaren protestantischen Bevölkerungsanteile in Oberkärnten ab.

¹³ Brief Leoben 12. 3. 1938, auszugsweise mitgeteilt bei *Karl W. Schwarz*, Aus der Geschichte lernen: Die Evangelische Kirche im Jahr 1938 – eine Nazikirche?, in: *Michael Bünker, Thomas Krobath* (Hrsg.), Lernfähige Kirche. Festschrift für Johannes Dantine zum 60. Geburtstag (Innsbruck 1998) 165–191, 180f.

die Kanzelabkündigungen abgestimmt, die der Oberkirchenrat in Stuttgart¹⁴ seinen Pfarrämtern landeskirchenweit übermittelte. Im Gottesdienst am 20. März 1938 sollte anstelle der Schriftlesung eine kurze Ansprache gehalten werden, in der auf das Geschehen der letzten Tage Bezug genommen wird: „Nach langen Jahren der Trennung, nach viel Not und Bedrängnis ist ihm [sc. dem österreichischen Brudervolk] nun sein Platz zuteil geworden, der ihm unter den andern deutschen Stämmen gebührt. Wir freuen uns von Herzen, dass Gott es dem Führer des deutschen Volkes geschenkt hat, seine Heimat zurückzugewinnen und mit dem Reich der Deutschen wiederzuvereinigen.“ Weiter sollte der brüderlichen Verbundenheit zwischen Württemberg und Österreich in historischer Perspektive gedacht und durch eine großzügige Kollekte aktualisiert werden. Der Herr habe Großes getan am deutschen Volk, dafür solle ihm gedankt und ihm die Ehre gegeben werden. Dazu wurde dann das Lied „Nun danket alle Gott“ angestimmt.

Allein die Theologische Sozietät in Württemberg warnte vor der Gefahr¹⁵: Unter dem Eindruck des „österreichischen ‚Wunders‘“ drohe der Kirche abermals „dieselbe Katastrophe wie im Jahre 1933“. Pfarrer und Gemeinden seien der Gefahr teilweise „schon erlegen“. Und unter Berufung auf Barmen I wird konstatiert, daß es die Botschaft vom Kreuz Christi verbiete, „politische Taten und Ereignisse unmittelbar als Erfüllung des göttlichen Willens und einer durch die Erfolge beglaubigten Offenbarung der Ziele und Absichten der Weltregierung Gottes auszugeben“. Die „religiöse Prophetie der Welt“ dürfe nicht unwidersprochen bleiben, „welche in den großen Stunden unseres Volkes besondere Gnadenoffenbarungen Gottes sieht und in den Persönlichkeiten, welche die großen Taten vollbringen, Vollstrecker dieses göttlichen Gnadenwillens und Werkzeuge dieser ‚Offenbarung‘“. Vor allem dürfe diese menschliche Geschichtsdeutung nicht „Gegenstand unserer eigenen Verkündigung werden“, weder indirekt durch verabsäumte Abgrenzung noch direkt, indem die geschichtlichen Ereignisse „als positive Stütze, Hinweis und Erfüllung unseres christlichen Glaubens“ ausgegeben werden. Es dürfe „nicht der Schatten eines Verdachtes entstehen“, als handle es sich „bei unserem Reden zu den politischen Ereignissen“ um einen „Akt der Selbstrechtfertigung unserer nationalen Zuverlässigkeit gegenüber den politischen Stellen und der öffentlichen Meinung mit der Erwartung, diese für die Belange der Kirche wieder geneigter zu stimmen“. Die kritische Analyse der kirchlichen Lage ergäbe vielmehr, daß die „Freiheit der Verkündigung“ „unerträglich beschränkt“ und von einem „umfassenden Angriff widerchristlicher Mächte bedroht“ sei. „Während die Vereinigung der evangelischen Kirche in Österreich mit der DEK auch von manchen kirchlichen Stellen nur freudig begrüßt wird, müssen wir zugleich voll Sorge fragen, in was für eine Kirche sie aufgenommen wird, und müssen sehen, wie schon jetzt alles getan wird, um ihre Vereinigung mit uns im wahr-

¹⁴ Evangelisches Zentralarchiv [EZA] Berlin 50/357 – Ev. OKR Nr. K. 2643, Stuttgart 16. 3. 1938, gez. Wurm.

¹⁵ EZA Berlin, 50/308 – Abschrift eines ungezeichneten Rundschreibens; vgl. Kurt Meier, *Der evangelische Kirchenkampf*, Bd. 3 (Göttingen 1984) 44, 455.

ren Glauben zu verhindern und wie nunmehr auch unsere österreichischen Glaubensgenossen sich in ihrer Kirche gegen den Einbruch eines fremden Geistes werden zur Wehr setzen müssen.“ Das freilich ist kaum geschehen, vielmehr gab man sich fassungslos den Ereignissen hin, selbst besonnene Stimmen wie der Wiener Senior und Mitglied des Bundeskulturrates D. Erich Stökl (1871–1950) trugen dieser angebrochenen „großen Zeit“ Rechnung¹⁶, von dem seiner guten Verbindungen zur NSDAP wegen zum geistlichen Leiter der Kirche berufenen oberösterreichischen Superintendenten Dr. Hans Eder (1890–1944) einmal ganz zu schweigen¹⁷.

Der Schwerpunkt des Beitrags liegt auf der Darstellung des österreichischen Protestantismus, der in der zeitgeschichtlichen Literatur zumeist übergangen wird, während die katholische Kirche in zahlreichen Untersuchungen gerade auch zum Thema 1938 behandelt wurde¹⁸. Ihr Exponent Theodor Kardinal Innitzer (1875–1955) war durch sein „Heil Hitler“, das er der Feierlichen Erklärung des Österreichischen Episkopates anfügte, zum NS-Propagandisten für die Volksabstimmung am 10. April avanciert, seine Signatur leuchtete von allen Litfaßsäulen zwischen Maas und Memel, Flensburg und Radkersburg. Hier soll zur wichtigen Kontroverse um die Rolle des Katholizismus als Mit-Täter oder Opfer wenigstens Stellung genommen werden. Kaum beachtet wurde bisher in Österreich die Szene der Freikirchen, dazu fehlt es freilich weitgehend noch an den Vorarbeiten¹⁹. Demgegenüber ist ein Thema sehr gut bearbeitet worden: Ausgehend

¹⁶ *Erich Stökl*, Fünf Predigten in großer Zeit (Wien 1938); dazu *Gustav Reingrabner*, Eine Wiener Predigt aus dem Jahre 1938, in: JGPrÖ 98 (1982) 252–263; *Karl Schwarz*, Evangelische Mandatare im Ständestaat 1934–1938, in: JGPrÖ 107/108 (1991/92) 166–178.

¹⁷ *Hans Eder*, Die evangelische Kirche der Ostmark und der 13. März 1938 (Wien 1938). – Seine Begeisterung scheint schon nach dem Besuch bei Hitler einer Skepsis gewichen zu sein, als er sehen mußte, wie der Wiener Erzbischof Kardinal Theodor Innitzer von der NS-Basis gedemütigt und verhöhnt wurde: *Karl Schwarz*, Das Vermächtnis eines Bischofs. Ein bisher unbekannter Abschiedsbrief von Bischof Dr. Hans Eder (1944), in: Die Kirche als historische und eschatologische Größe. Festschrift für Kurt Niederwimmer zum 65. Geburtstag (Frankfurt a. M. u. a. 1994) 325–337, 329.

¹⁸ *Maximilian Liebmann*, Kardinal Innitzer und der Anschluß. Kirche und Nationalsozialismus in Österreich 1938 (Graz 1982); *ders.*, Theodor Innitzer und der Anschluß. Österreichs Kirche 1938 (Grazer Beiträge zur Theologie-Geschichte und kirchlichen Zeit-Geschichte 3, Graz, Wien, Köln 1988); *Peter Malina*, Die katholische Kirche und der „Anschluß“ Österreichs 1938. Bemerkungen zu einem widersprüchlichen Phänomen, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“ (Leipzig 1988) Nr. 1–4, 106–139; *Walter Sauer*, Österreichs Kirchen 1938–1945, in: NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 36, Wien 1988) 517–536; *Peter G. Tropper* (Hrsg.), Kirche im Gau. Dokumente zur Situation der katholischen Kirche in Kärnten von 1938 bis 1945 (Klagenfurt 1995); *Ludwig Volk SJ*, Flucht aus der Isolation. Zur „Anschluß“-Kundgebung des österreichischen Episkopats vom 18. März 1938, in: StZ 200 (1982) 651–661, 769–783; *Erika Weinzierl*, Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus (Mödling 1988); *Rudolf Zimmbobler* (Hrsg.), Das Bistum Linz im Dritten Reich (Linz 1979).

¹⁹ Vgl. aber zuletzt *Franz Graf-Stuhlhofer*, Nationalsozialismus als Konkurrenz zum christlichen Glauben. Der Wiener Baptisten-Prediger Arnold Köster über Anschluß und Kriegsanfänge, in: JGPrÖ 112 (1996) 137–183; *ders.*, Das Kriegs-Ende in Wien im Spiegel der Predigten eines NS-kritischen Baptistenpastors, in: Österreich in Geschichte und Literatur 40

von der Ostmark als konkordatsfreiem Raum ist der staatskirchenrechtlichen Entwicklung nach dem März 1938 große Aufmerksamkeit geschenkt worden²⁰. Nicht nur, weil hier die „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ im großen Stil vorexerziert wurde, wie sie dann noch radikaler im Warthegau Platz greifen wird und nach Beendigung des Krieges im gesamten Reich zur Anwendung kommen sollte. Es ist auch gezeigt worden, wie sich die Parteikanzlei durchsetzte und die entsprechenden Fachleute aus Berlin auf den Wiener Minoritenplatz abordnete²¹.

II. Die Evangelische Kirche in Österreich – eine Nazikirche?

Als nach dem Zweiten Weltkrieg britische Besatzungsoffiziere in Österreich einmarschierten, brachten sie im Marschgepäck eine Publikation mit, die sich mit Österreich befaßte und eine Analyse dieses Landes und seiner Bevölkerung lieferte. Hier findet sich der signifikante Satz, daß die protestantischen Kirchen, die naturgemäß in Verbindung mit ihren Schwesterkirchen jenseits der Grenze standen, einen „engeren Kontakt“ mit den deutschen Nationalsozialisten hielten, als es von ihrem Glaubensbekenntnis her berechtigt gewesen wäre. Ein Klammerausdruck gibt die Erklärung, daß dieser apostrophierte engere Kontakt zum Nationalsozialismus „auch als Reaktion auf das Wiedererwachen des katholischen Klerikalismus“ zu verstehen sei²². Ähnlich deutete es ein Professor der Wiener Evan-

(1996) 113–125; *ders.*, Von der „Grenze des Möglichen“ im Dritten Reich. Kritik am Nationalen in der einzigartigen Predigtsammlung des Wiener Baptisten-Pastors Arnold Köster, in: *Geschichte und Gegenwart* (1999/1) 13–35; *Daniel Heinz*, Church, State and Religious Dissent. A History of Seventh-day Adventists in Austria 1890–1975 (*Archives of International Adventist History* 5, Frankfurt a.M. u.a. 1993) 121–141; Zeugen Jehovas: vergessene Opfer des Nationalsozialismus? (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen 3, Wien 1998).

²⁰ *Walter Goldinger*, Die Überleitung der österreichischen Kultusverwaltung nach dem März 1938, in: *Zeitgeschichte* 5 (1977/78) H.11/12, 418–429; *Maximilian Liebmam, Hans Paarhammer, Alfred Rinnerthaler* (Hrsg.), Staat und Kirche in der „Ostmark“ (Frankfurt a.M. u.a. 1998); *Richard Potz*, Nationalsozialismus und Staatskirchenrecht, in: *Nationalsozialismus und Recht. Rechtssetzung und Rechtswissenschaft in Österreich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus* (Wien 1990) 266–284; *Klaus Scholder*, Österreichs Konkordat und nationalsozialistische Kirchenpolitik 1938/39, in: *ZevKR* 20 (1975) 230–243; *Karl Schwarz*, Der „Anschluß“ 1938 und seine unmittelbaren staatskirchenrechtlichen Folgen für die Evangelische Kirche, in: *ÖAKR* (1989) 268–284; *Jörg Winter*, Die Wissenschaft vom Staatskirchenrecht im Dritten Reich (*Europäische Hochschulschriften* II/212, Frankfurt a.M. u.a. 1979) 82–94.

²¹ *Heinz Boberach*, Organe der nationalsozialistischen Kirchenpolitik. Kompetenzverteilung und Karrieren in Reich und Ländern, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag* (Berlin 1992) 305–331, 328.

²² *Austria Basic Handbook Part 1: Geographical, Political and Social*, ed. Foreign Office and Ministry of Economic Warfare (London 1944) chapter V: religion 3.

gelisch-theologischen Fakultät, der nicht nur als Permanenz-Dekan zwischen 1938 und 1948 die Fakultätsgeschichte maßgeblich bestimmte, sondern auch zu den meinungsbildenden Persönlichkeiten in der Kirche (und zu den Kandidaten für das Bischofsamt) gehörte, Gustav Entz (1884–1957)²³: Der Politische Katholizismus der Ständestaat-Ära, der förmlich nach „Gegenreformation“ roch, er habe alle Nichtkatholiken und Nicht-mehr-Katholiken den Nazis in die Arme getrieben²⁴.

In der Tat: Die Etikettierung der Evangelischen Kirche als „Nazikirche“ stammt aus der Ära des Austrofascismus zwischen 1934 und 1938²⁵. Der christliche Ständestaat, wie er geheißsen hatte²⁶, war vom Grundsatz der religiösen Neutralität weit abgerückt und hatte im Katholizismus sein Integrationsmoment gefunden. Der Ständestaat verstand sich als Alternative zur Anschlußbewegung, ja als geistiger Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus²⁷. Einer seiner ideologischen Protagonisten, Dietrich von Hildebrand (1889–1977)²⁸, hatte die Losung von der „Gegenreformation“ ausgegeben: daß dem kleinen Land eine „große säkulare Aufgabe anvertraut“ sei, „groß wie die zur Zeit der Gegenreformation“²⁹. Die Gleichsetzung des ideologischen Abwehrkampfes der Gegenwart mit der Gegenreformation geriet zu einem ganz wesentlichen identitätsstiftenden Historismus, ja gerann zur Parole von der Türkenabwehr, Protestan-

²³ Vgl. Karl Schwarz, „Grenzburg“ und „Bollwerk“. Ein Bericht über die Wiener Evangelisch-theologische Fakultät in den Jahren 1938–1945, in: Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte B18, Göttingen 1993) 361–389; ders., „Haus in der Zeit“: Die Fakultät in den Wirrnissen dieses Jahrhunderts, in: ders., Falk Wagner (Hrsg.), Zeitenwechsel und Beständigkeit. Beiträge zur Geschichte der Evangelisch-theologischen Fakultät in Wien 1821–1996 (Schriftenreihe der Universitätsarchive 10, Wien 1997) 125–208.

²⁴ Gustav Entz, Denkschrift zur Entnazifizierung (Wien 1946), abgedruckt nunmehr in: Gustav Reingrabner, Karl Schwarz (Hrsg.), Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte zwischen 1918 und 1945 (Wien 1989) 514–519.

²⁵ Bericht über eine Aussprache des Superintendenten Johannes Heinzelmann mit dem Staatssekretär Guido Zernatto (27. Juli 1936), abgedr. in: Quellentexte, Nr. 83, 251–252; Gustav Entz, Der österreichische Protestantismus im Rahmen des gesamtdeutschen Protestantismus, in: Hans Eder (Hrsg.), Die evangelische Kirche in Österreich. Blüte, Not und neuer Aufbau (Berlin 1940) 122–139, 137.

²⁶ Dieter A. Binder, Der „Christliche Ständestaat“ Österreich 1934–1938, in: Rolf Steininger, Michael Gehler (Hrsg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1 (Wien, Köln, Weimar 1997) 203–256.

²⁷ Gottfried-Karl Kindermann, Hitlers Niederlage in Österreich (Hamburg 1984).

²⁸ Erika Weinzierl, Universität und Politik in Österreich (Salzburger Universitätsreden 33, Salzburg, München 1969) 14f.

²⁹ Dietrich von Hildebrand, Österreichs Sendung, in: Der christliche Ständestaat Nr. 1, 3. 12. 1933, S. 3; über den Autor: Paul Stöcklein, Zeitige Aufklärung über Hitler. Das mutige Wirken Dietrich von Hildebrands in Österreich 1933–1938, in: Internationale katholische Zeitschrift „Communio“ 16 (1987) 553–574; über die von ihm gegründete konservative Zeitschrift: Rudolf Ebnet, Die österreichische Wochenschrift „Der Christliche Ständestaat“. Deutsche Emigration in Österreich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Bd. 19, Mainz 1976).

tenabwehr, Hitlerabwehr³⁰. Sie überlagerte alle Ansätze ökumenischen Handreichens³¹. Die Gegenreformation wurde als die größte Leistung der Habsburger bezeichnet, ihr Vollender Ferdinand II. (1578–1637) mit Engelbert Dollfuß (1892–1934) verglichen.

Die Gegenreformation figurierte als Metapher für den katholischen Anti-Hitler-Kurs des Ständestaates, doch diente der Katholizismus auch als „Paravent für anrühige politische Geschäfte“³² im Blick auf die republikanische Ordnung. Durch die Katholisierung des öffentlichen Lebens³³ wuchs auf protestantischer Seite ein antikatholisches Elitebewußtsein, in dem sie mit den politischen Gegnern des Regimes übereinstimmten – mit Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Aus dem Antiklerikalismus³⁴ resultierten Allianzen zwischen rechts und links, die in Wöllersdorf, im Anhaltelager des Ständestaates, zustande kamen, daraus erwachsen aber auch Symbiosen. Der erwähnte Theologieprofessor Gustav Entz bekannte in seinen Memoiren³⁵: „Mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln habe ich das Regime unermüdlich bekämpft.“ Landauf und landab war er in den Gemeinden seiner Kirche unterwegs, um diesen „ins Bewußtsein zu rufen, mit welch grauenhaften Mitteln unsere Heimat ... wieder katholisch gemacht wurde, woraus sich für uns als die Nachkommen einer Kirche von Märtyrern und Bekennern umso mehr die Pflicht ergebe, unter den kirchlichen Bedrängnissen ebenso wie unter den schnöden Verlockungen der Gegenwart fest zu bleiben“³⁶. Er

³⁰ *Friedrich Heer*, Der Kampf um die österreichische Identität (Wien, Köln, Graz 1981, 21996) 401; vgl. auch schon *Heinrich Bußhof*, Das Dollfuß-Regime in Österreich in geistesgeschichtlicher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der „Schöneren Zukunft“ und der „Reichspost“ (Berlin 1968) 33 ff.; *Michael Mitterauer*, Politischer Katholizismus, Österreichbewußtsein und Türkenfeindbild, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 12 (1982) H.4, 111–120. – *Helmut Gamsjäger*, Die Evangelische Kirche in Österreich in den Jahren 1933 bis 1938 (masch. phil. Diss. Wien 1967); *Gerhard Peter Schwarz*, Ständestaat und Evangelische Kirche von 1933 bis 1938. Evangelische Geistlichkeit und der Nationalsozialismus aus der Sicht der Behörden (phil. Diss. Graz 1987).

³¹ *Maximilian Liebmann*, Die geistige Konzeption der österreichischen Katholikentage in der Ersten Republik, in: Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik (Veröffentlichungen der Wiss. Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich 10, Wien 1986) 125–175, 173.

³² *Ernst Hanisch*, Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Wien, Salzburg 1977) 15; vgl. auch *ders.*, Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, in: *Emerich Talos*, *Wolfgang Neugebauer* (Hrsg.), „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18, Wien 1988) 53–73.

³³ *Uta Krammer*, Religion und Politik in der Zeit der autoritären Regierung Österreichs, (masch. phil. Diss. Wien 1965).

³⁴ *Dieter A. Binder*, Zum Antiklerikalismus in der Ersten Republik, in: Christliche Demokratie 9 (1991/92) 369–389.

³⁵ *Gustav Entz*, Erinnerungen aus fünfzig Jahren kirchlicher und theologischer Arbeit (masch. Manuskript o. J.) 119.

³⁶ *Entz*, ebd. Eine Frucht dieser Vorträge war die in vielen Auflagen verbreitete Schrift: Vierhundert Jahre Protestantismus in Österreich (Knittelfeld 1937, 1938); dazu *Karl Schwarz*, Vor fünfzig Jahren. Die Evangelische Kirche in Österreich im Jahre 1937, in: Schriftenreihe Ev. Bund in Österreich H. 107 (Wien 1987) 3–22.

sprach über die Gegenreformation, er meinte damit aber auch die unmittelbaren Erfahrungen der Gegenwart in polemischer Weise deuten zu können: „(d)ie Gegenreformation in Neu-Österreich“, um das große Beschwerdebuch der Protestanten zu nennen³⁷.

Entz verrät nicht, was er unter den schnöden Verlockungen der Gegenwart (1937) verstand; es ist wahrscheinlich an die allgemeine Entspannung nach dem Juliabkommen 1936 zu denken³⁸. Im Blick auf die Evangelische Kirche ist 1937 auch deshalb bemerkenswert, weil es endlich zu substantiellen Gesprächen über ihre staatsrechtliche Stellung im Neuen Österreich gekommen war und eine Novellierung des Protestantenpatents von 1861 in Angriff genommen wurde. Der Vertrauensmann der Kirche und Sprecher der Superintenden ten, Johannes Heinzelm ann (1873–1946), hatte bisher mit Erfolg den geschlossenen Beitritt der Pfarrer zur Vaterländischen Front, der politischen Einheitsorganisation des Ständestaates, verhindert³⁹: weil diese wohl den Staat anerkennen, nicht aber sich zu diesem „christlichen Staat katholischer Prägung“ bekennen könnten, wie er dem Generalsekretär der Vaterländischen Front auseinandersetzte⁴⁰ und auch vor dem Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg (1897–1977) bekräftigte⁴¹. Im Herbst 1937 lenkte Johannes Heinzelm ann nach dramatischen Verhandlungen zunächst mit der Pfarrerschaft und dann mit dem zuständigen Staatssekretär Guido Zernatto (1903–1943) ein; nunmehr konnte er den Beitritt allen, die sich bisher durch Gewissensbedenken gebunden fühlten, nahelegen. Gustav Entz trug dieser Aufforderung nicht Rechnung. Er wird sich dessen wie sein Fakultätskollege Richard Adolf Hoffmann (1872–1948) rühmen. Der „Gespensterhoffmann“, wie der Neutestamentler wegen seiner spiritistischen Ambitionen genannt wurde, war sogar von seiner Wahl zum Dekan zurückgetreten, als von den akademischen Funk tionären 1934 jenes Bekenntnis zum Neuen Österreich abverlangt wurde⁴². Lieber wollte er auf das Dekanat verzichten, als den Keßlerhut grüßen bzw. das Abzei-

³⁷ [Robert Kauer] Die Gegenreformation in Neu-Österreich. Ein Beitrag zur Lehre vom katholischen Ständestaat (Zürich 1936).

³⁸ Vgl. das Kanzelwort des Superintenden ten Johannes Heinzelm ann (Z. 1428/15. 7. 1936), abgedruckt in: Quellentexte, Nr. 81, 249–250.

³⁹ Seine einschlägigen Rundschreiben und Hirtenbriefe sind verzeichnet bei Karl Schwarz, Der Notbischof. Anmerkungen zu Johannes Heinzelm anns gesamt kirchlichem Vertrauensamt in den Jahren 1934 bis 1938, in: JGPrÖ 102/103 (1986/87) 151–178 und in extenso abgedruckt in: Reingrabner, Schwarz, Quellentexte; vgl. auch Helmut Gamsjäger, Evangelische Kirche und „Vaterländische Front“, in: Zeitgeschichte 6 (1978/79) 165–176.

⁴⁰ Der Briefwechsel Heinzelm anns mit Oberst a.D. Walter Adam ist abgedruckt in: Quellentexte, Nr. 71, 222–226.

⁴¹ Bericht Heinzelm anns über eine Aussprache mit dem Bundeskanzler am 20. November 1935, in: Quellentexte, Nr. 73–74, 229–233; vgl. insgesamt dazu Karl Schwarz, Die Trutzprotestanten im christlichen Ständestaat: Eine zeitgenössische Situationsanalyse von Johannes Heinzelm ann, in: Hans Paarhammer, Alfred Rinnerthaler (Hrsg.), Scientia canonum. Festgabe für Franz Pototschnig zum 65. Geburtstag (München 1991) 101–124.

⁴² Österreichisches Staatsarchiv Wien [ÖStA], Allgemeines Verwaltungsarchiv [AVA], Bundesministerium für Unterricht [BMU], 4D2 ev. theol. Fak., GZ. 11002/1935; Schwarz, „Haus in der Zeit“ (wie Anm. 23) 151.

chen mit dem Kruckenkreuz, den sog. „Gewissenswurm“, anstecken. Von den Nationalsozialisten wurden die insgesamt sieben Professoren der Wiener Universität, die der VF nicht beigetreten waren, mit den „Göttinger Sieben“ von 1837 verglichen und gefeiert⁴³.

Mochte Heinzelmann auch selbst den Beitritt nicht vollzogen haben⁴⁴, so war er es doch, der zum Jahreswechsel 1937/38 den „Geist gegenseitigen Vertrauens“ registrierte⁴⁵: Die endlich aufgenommenen Verhandlungen über ein neues Protestantengesetz seien zudem auf seiten der Regierung „mit bemerkenswertem Verständnis für die Belange unserer Kirche“ geführt worden. Der Neujahrshirtenbrief Heinzelmanns markierte vorsichtig jene Verständigung zwischen Kirche und Staat.

Das zweite große Thema des Hirtenbriefes war der Weltanschauungskampf im Dritten Reich, wo es „ums Ganze“ ging, wo der „Mythus des 20. Jahrhunderts“, jene „Botschaft von Rasse, Blut und Boden“, den „Christusmythus“ „in unablässiger, planvoller Arbeit“ verdrängen sollte. Eine zum Reformationsfest 1937 unterzeichnete Erklärung des „Kasseler Gremiums“ der gespaltenen Bekennenden Kirche⁴⁶ kursierte in hektographierter Form in Österreich und beeinflusste zweifellos die Textierung des Neujahrshirtenbriefes und dann vor allem des Nachwortes. Mit dem an Luther gemahnenden Bekenntnis⁴⁷, es sei besser mit Christus zu fallen, als mit irgendeinem anderen Herrn oder Meister zu stehen, legte Heinzelmann sein Vertrauensamt zurück.

Eine Bruchlinie war deutlich geworden – zwischen jenen, die Heinzelmanns Ausgleichsbemühungen schätzten und dessen Analyse des Weltanschauungskampfes teilten, und jenen, die ihr widersprachen, wie Gustav Entz, der „sich bemüht fühlt[e], das Dritte Reich gegen den Neujahrshirtenbrief des Superintendenten Heinzelmann öffentlich zu verteidigen“⁴⁸, wie die Reichspost pikiert registrierte.

Heinzelmann, gegen den im Sommer 1936 geradezu eine Pressekampagne geführt wurde („Nazisuperintendent“), weil er sich den angeordneten Dollfuß-Gedächtnisgottesdiensten widersetzte, wird nun im Jänner 1938 als „Rompilger“

⁴³ *Hans von Frisch*, Die Gewaltherrschaft in Österreich 1933 bis 1938 (Leipzig, Wien 1938) 97; *Gustav Entz*, Der österreichische Protestantismus im Rahmen des gesamtdeutschen Protestantismus (wie Anm. 25) 138.

⁴⁴ Rundschreiben 27. 10. 1937 – abgedr. in: Quellentexte, Nr. 106, 292–293.

⁴⁵ *Johannes Heinzelmann*, Neujahrshirtenbrief 1938, abgedr. in: Quellentexte, Nr. 107, 294–297. Dazu *Karl Schwarz*, Der Anti-Rosenberg-Hirtenbrief 1937/38 des ev. Superintendenten D. Johannes Heinzelmann, in: Kirche in bewegter Zeit. Festschrift für Maximilian Liebmann zum 60. Geburtstag (Graz 1994) 355–368.

⁴⁶ *Joachim Beckmann* (Hrsg.), Kirchliches Jahrbuch 1933–1944 (21976) 211–213; *Raimund Baumgärtner*, Weltanschauung im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg (Mainz 1977) 228 f.

⁴⁷ WA XXXIII, 603, 22–26: „Seindt die bischoffe nun so starck, das sie Christum wegrißen und Er fallen musse, so wil ich mit Christo in abgründt der hellen gerne fallen und mit ihme untergehen ...“

⁴⁸ „Professor gegen Superintendent“, Reichspost Nr. 31/1. 2. 1938.

und „Bekenntnispfaffe“ denunziert. Eine Bruchlinie war deutlich geworden, am Neujahrshirtenbrief schieden sich die Geister; in vielen Gemeinden wurde er nicht oder jedenfalls nur auszugsweise verlesen. Die breite Ablehnungsfront signalisiert wohl die nationalsozialistische Orientierung weiter Kreise der Kirche, ihr vorweggenommenes Ja zu Großdeutschland. Daß sich bis zum Ende der Beitrittsfrist 122 Geistliche der VF angeschlossen hatten, während 45 Pfarrer und Vikare den Beitritt nach wie vor verweigerten (das entsprach einem Zahlenverhältnis von 73:27 v.H.)⁴⁹, ändert nichts an dem Befund; es zeigt höchstens, wie sehr die Vaterländische Front an ihren rechten Rändern ausgefranst war.

Der zweite Schritt einer ideologischen Gleichschaltung der Kirche erfolgte im März 1938. Der Präsident des Oberkirchenrates, Staatsrat Dr. Viktor Capesius (1867–1953), ein Mandatar des Ständestaates, der die Kirchenbehörde als Staatsbeamter leitete, hatte die zur Selbstbehauptung des Staates angesetzte Volksabstimmung unterstützt und die Pfarrgemeinden zur Teilnahme aufgefordert. Doch dagegen erhob sich ein Sturm der Entrüstung, der den Oberkirchenrat hinwegfegte. Wieder war es (wie drei Monate zuvor beim Rücktritt Heinzelmanns) die Akademikergemeinschaft im Rahmen des Evangelischen Bundes⁵⁰, die zum Handeln bereit war, die sich als „kirchliche Hinrichtungskommission“ gebrauchten ließ und noch vor dem Einmarsch der deutschen Truppen den Rücktritt der Kirchenleitung erzwang⁵¹. In dieser „geistigen Waffenschmiede“ wirkte als ihr eigentlicher Motor der aus dem Öffentlichen Dienst entlassene Jurist Dr. Robert Kauer (1901–1953), ein Exponent der NS-Opposition in der Kirche, der nach dem „Umbruch“ mit der Leitung der Kirchenbehörde beauftragt wurde und bis zum 16. April 1939 den Kurs der Kirchenleitung bestimmte. Bekanntgeworden ist sein telegraphischer Willkommensgruß an Hitler, dessen Enthusiasmus gelegentlich als Negativfolie für den vergleichsweise moderaten Gebetsaufruf des Kardinal Innitzer benützt wird⁵².

Das geprägte Bild von der Nazikirche ist weiters eine ganz wesentliche Frucht des Jahres 1938, in dem sich die Protestanten als Kirche der Bewegung zu prä-

⁴⁹ Bericht des Pfarrervereinsobmanns Senior Ernst Denzel in der Vorstandssitzung des Pfarrervereins 9. März 1938 – Protokollbuch des Pfarrervereins, zit. bei Schwarz, Notbischof (wie Anm. 39) 174.

⁵⁰ Walter Fleischmann-Bisten, Der Evangelische Bund in der Weimarer Republik und im sogenannten Dritten Reich (Europäische Hochschulschriften XXIII/372, Frankfurt a. M. u. a. 1989) besonders 329–335; ders., Die Orientierung der österreichischen Protestanten nach dem „Reich“ 1903 bis 1938 – dargestellt am Beispiel des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“, in: JGPrÖ 112 (1996) 119–135.

⁵¹ Gerhard May, Wie der neueste Abschnitt der Geschichte unserer Kirche begann, in: Amt und Gemeinde 22 (1971) 11–16.

⁵² Walter Sauer, Österreichs Kirchen (wie Anm. 18) 520; Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994) 347; Maximilian Liebmann, Theodor Innitzer und der Anschluß (wie Anm. 18) 67; ders., Kirche und Anschluß (wie Anm. 4) 211; Erika Weinzierl, Kirche und „Anschluß“, in: „Anschluß“ 1938 (Wien 1988) 41–50; die Quellen sind abgedruckt ebd. 348f.

sentieren versuchten, bewährt „im völkischen Freiheitskampf der Ostmark“⁵³. Dabei war das Hissen von Hakenkreuzfahnen noch harmlos im Vergleich zum Singen des Horst-Wessel-Liedes oder zu „Führerförbitten“ im Gottesdienst. Liedauswahl und Beflaggung waren vom Oberkirchenrat angeordnet worden⁵⁴. Aber auch Prediger in SA-Uniform gehörien zum Erscheinungsbild der Kirche, ebenso die kolportierte hohe Zahl an Parteigenossen unter den geistlichen Amtsträgern, die vom Pfarrerverein freilich ohne Gewähr erhoben wurde. Er reklamierte von den 126 Pfarrern 73 als illegale Parteigenossen, zu denen sich nach dem „Umsturz“ noch weitere 11 „Parteianwarter“ dazugesellten, insgesamt also zwei Drittel⁵⁵.

Der OKR-Präsident Kauer fühlte sich sogar herausgefordert und durch Hitler darin bestärkt, als Präsident einer politisch so zuverlässigen Kirche in den deutschen Kirchenkampf einzugreifen. Die evangelische Kirche Österreichs habe, so gab sich Hitler am 9. April 1938 zu verstehen, „im deutschen Protestantismus eine große Mission“⁵⁶. Kauer stellte sich dem Reichskirchenminister Hanns Kerrl (1887–1941) vorbehaltlos zur Verfügung und engagierte sich für dessen Oktober-Programm⁵⁷ – bis hin zur umstrittenen Godesberger Erklärung (4. April 1939), einer deutschchristlichen Verständigungsformel mit der Nationalkirchlichen Einung, die er namens der Evangelischen Kirche Österreichs unterschrieb⁵⁸. Durch diese Unterschrift wurde allerdings der Grundsatz der kirchenpolitischen Neutralität, zu dem sich die österreichische Landeskirche verpflichtet hatte, verletzt. Dies hat in einzelnen Gemeinden Irritationen hervorgerufen: Die Unterschrift habe die Kirche an die Nationalkirchliche Einung „ausgeliefert“ und den „Kirchenstreit“ nach Österreich verpflanzt⁵⁹. Auch von seiten des Evangelischen Bundes wurde diese Befürchtung geäußert⁶⁰, so daß Kauer die Absicht seiner Unterschrift präziserte: Nicht der Anschluß der österreichischen Landeskirche an

⁵³ *Walter Endesfelder* (Hrsg.), *Evangelische Pfarrer im völkischen Freiheitskampf der Ostmark und des Sudetenlandes* (Berlin 1939).

⁵⁴ Erlaß Z. 2395 / 8.IV.1938, abgedruckt in: *Quellentexte*, Nr. 122, 318 bzw. Z. 2414 / 11.IV.1938, ebd. Nr. 123, 318–320.

⁵⁵ Ev. Pfarrerverein in einem Schreiben an Hitler (10. 3. 1939) – EZA Berlin 1/I, C2/95. Die Zahl kolportierte auch *Gustav Entz*, *Der österreichische Protestantismus im Rahmen des gesamtdeutschen Protestantismus* (wie Anm. 25) 138; JK 1938/21, 926f.; *Kurt Meier*, *Kirchenkampf* (wie Anm. 15) 695 – mit dem bemerkenswerten Zitat des Reichsbundesführers der Deutschen Evangelischen Pfarrervereine, Kirchenrat Fritz Klingler (1938): „Wahrlich, das österreichische Pfarrhaus war mit ein besonderer Hort für die nationalsozialistische Erziehung der Ostmark.“

⁵⁶ *Endesfelder*, *Evangelische Pfarrer im völkischen Freiheitskampf* (wie Anm. 53) 121.

⁵⁷ *Leonore Wenschkewitz*, *Politische Versuche einer Ordnung der Deutschen Evangelischen Kirche durch den Reichskirchenminister 1937 bis 1939*, in: *Zur Geschichte des Kirchenkampfes. Gesammelte Aufsätze 2* (Göttingen 1971) 121–138.

⁵⁸ *Beckmann*, *Kirchliches Jahrbuch* (wie Anm. 46) 287.

⁵⁹ Pfarrer Edwin Eggarter, Feldkirch, Brief an den OKR, 18. 5. 1939 – Archiv des Ev. OKR Wien [AOKR] Fasz. 437 Neuere Allgemeine Reihe [NAR], Z. 3602/39.

⁶⁰ Amtsvermerk Dr. Kauer über seine Teilnahme an der Vorstandssitzung des Ev. Bundes in Berlin 15. 4. 1939 – AOKR Wien, ebd. Zl. 2722/1939.

eine kirchenpolitische Gruppe des Altreichs sei beabsichtigt gewesen, sondern eine Verbreiterung der Verständigungs-Plattform des Reichskirchenministers. Von seiten des Wiener Oberkirchenrates wurde sodann hervorgehoben⁶¹, daß Kauer, der die Erklärung „ohne vorheriges Einvernehmen mit dem Kollegium unterschrieben“ hatte, „lediglich einen Friedensschritt des Kirchenministers unterstützen wolle“. Bei der späteren Veröffentlichung der Unterstützungsunterschriften der DC-Landeskirchenleiter bat deshalb der Wiener OKR darum, die Unterschrift Kauers, der mit dem 16. April 1939 aus seiner kirchenleitenden Stellung zurückgetreten war, zu streichen⁶².

An weiteren Maßnahmen, die das nationalsozialistische Profil der protestantischen Pfarrer Österreichs im Jahr 1938 zutage treten lassen oder richtiger: die Kirchenleitung in den Kreis der deutschchristlichen Kirchen wie Thüringen und Mecklenburg-Schwerin eingliederte, ist die Vereidigung der Pfarrerschaft zu nennen. Als nämlich die beiden erwähnten Kirchen den Anschluß Österreichs zum Anlaß nahmen, die Vereidigung ihrer Pfarrer durchzuführen, da beschloß auch der Wiener Oberkirchenrat (im Verein mit den Synodalausschüssen) ein provisorisches Kirchengesetz über eine Ergänzung im Revers der Seelsorger⁶³. Begründet wurde dies folgendermaßen:

„Die volksverbundene Haltung der Evangelischen Kirche in Österreich ließ den Wunsch zum Ausdruck kommen, daß nach den großen Veränderungen nach dem 13. März 1938 die Seelsorger der Evangelischen Kirche in Österreich auch äußerlich durch einen Akt ihr Treuegelöbnis zum Führer bekunden. Eine Eidesleistung von Seelsorgern der Evangelischen Kirche ist bekanntlich nicht vorgesehen; vielmehr wird die Loyalität dem Staate gegenüber im Sinne von Röm 13 durch den [...] Revers bekräftigt. Es schien keinem Anstand zu unterliegen, daß in diesen Revers eine dem Diensteid der öffentlichen Beamten entsprechende Ergänzung aufgenommen wird.“

Der Text der Ergänzung lautete⁶⁴:

„Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Man merkt der oberkirchenrätlichen Entschließung deutlich die angestrebte Parallele zum öffentlichen Dienst an („[...] daß dieser Verpflichtung [...] dieselbe Bedeutung zukommen solle, wie dem Diensteid der öffentlichen Beamten [...]“), allerdings auch die Rücksichtnahme auf die widersprüchliche Diskussion im Reich. In dem Bericht über den Vollzug dieser Aktion mußte Kauer nämlich ein-

⁶¹ Aktenvermerk Dr. Liptak/Dr. Eder, 30. 4. 1939 – AOKR ebd. Zl. 3105.

⁶² Meier, Kirchenkampf (wie Anm. 15) 99, 550; vgl. insgesamt dazu ders., Die Deutschen Christen. Das Bild einer Bewegung im Kirchenkampf des Dritten Reiches (Halle 1964) 267 ff.

⁶³ OKR Z. 2367/6.IV.1938 – ÖStA, AVA, Kultus, B1 Genere, Zl.11.487-K/b 1938. – Am 20. April 1938, Hitlers Geburtstag, erließ der Präsident des Ev. Oberkirchenrates in Berlin eine Treueidverordnung: KJ² 232 f.

⁶⁴ Verlautbarung des provisorischen Kirchengesetzes Z. 2804/29. 4. 1938 – abgedruckt in: Quellentexte, Nr. 125, 322–323.

räumen, daß der Oberkirchenrat mit Rücksicht auf die heikle Lage innerhalb des Gesamtprotestantismus, und um dies nicht durch einen Streit innerhalb der Kirche in Österreich zu verschärfen, offen gelassen habe, ob und wie er gegebenenfalls die Ablehnung sanktioniert hätte. Es wurde, so resumierte Kauer, „nicht der geringste Zwang zur Ablegung dieser Treueverpflichtung ausgeübt“, dennoch hätten alle evangelischen Seelsorger in Österreich „freiwillig“ die Treueverpflichtung gegenüber Hitler abgelegt und dies durch Einsendung eines schriftlichen Reverses bekundet⁶⁵. Im nachhinein stellte es sich heraus, daß das Münchener Braune Haus, die Parteikanzlei der NSDAP, diesen Vorgang nicht einmal zur Kenntnis nehmen und ihm dementsprechend „lediglich eine innerkirchliche Bedeutung“ zumessen wollte.

Die Kirche verstand sich als Volkskirche, als Kirche des Volkes und als Kirche für das Volk⁶⁶. Dein Nächster, das ist dein Volk! Dieses Selbstverständnis und -bewußtsein verband sich mit einem militanten Antikatholizismus, der seit jeher den österreichischen Protestantismus bestimmte, seit der Los-von-Rom-Bewegung der Alldeutschen um die Jahrhundertwende⁶⁷ aber durch eine bemerkenswerte Zahl an Konversionen vertieft wurde⁶⁸. Dieser Antikatholizismus wird zum Emblem des Jahres 1938, ein wirksames Identifikationsangebot für die vormaligen Opfer des katholischen Ständestaates, die jetzt billige Rache üben, Nationalsozialisten, aber auch Protestanten. Charakteristisch sind dafür zwei Stellungnahmen aus dem Jahr 1938, die von ehemaligen Katholiken stammten und nun in kirchenleitender Position den antikatholischen Tonfall bestimmten. Die Solidarisierung des Evangelischen Oberkirchenrates mit dem NS-Staat gegen die „Ruhestörungen durch den politischen Katholizismus“⁶⁹ zählt zu den peinlichsten Publikationen dieses Jahres. In einem gleichlautenden Schreiben an den Reichskommissar, den Reichsstatthalter, die Gauleiter und den Bürgermeister von Wien versicherte der Präsident des Oberkirchenrates „namens der evangelischen Bevölkerung in den Gauen der Ostmark“, daß die Evangelischen im Großdeutschen Reich – „mit allen Volksgenossen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zu einer un-

⁶⁵ Bericht Dr. Kauer auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der DC-Kirchenleiter 1. 7. 1938 in Berlin, Gedächtnisprotokoll – AOKR Wien Fasz. 437 NAR Z. 4386/1938. Vgl. insgesamt dazu *Angelika Gerlach-Praetorius*, Die Kirche vor der Eidesfrage. Die Diskussion um den Pfarrereid im Dritten Reich (AGK 18, Göttingen 1967).

⁶⁶ Diese theologische Grundprämisse vertrug sich mit antisemitischen Segregationsprogrammen, der Konzentrierung der Christen jüdischer Herkunft in der Gemeinde der Schwedischen Judenmission; dazu vgl. die Erinnerungen des langjährigen Leiters: *Göte Hedenquist*, Undan förintelsen. Svensk hjälpverksamhet i Wien under Hitlertiden (Kristianstad 1983); *Herbert Unterköfler*, Die Evangelische Kirche in Österreich und ihre „Judenchristen“, in: JGPrÖ 107/108 (1991/92) 109–136.

⁶⁷ *Karl Reinhart Trauner*, Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie (masch. ev. theol. Diss. Wien 1997).

⁶⁸ *Fritz von der Heydt*, Die evangelische Bewegung in Österreich (Berlin 21938).

⁶⁹ Erlaß des Oberkirchenrates Z. 7104/20. 10. 1938 – abgedruckt in: Quellentexte, Nr. 145, 350–351; vgl. auch *Johannes Dantine*, Warum? Zur Haltung der ev. Kirche in Österreich 1938, in: JK 49 (1988) 141–145.

lösbarer Einheit des Blutes verbunden – tätig am Werk des Führers mitarbeiten werden“. Die Kirche werde ihren Einfluß stets dahin ausüben, so heißt es dann abschließend, „die Gläubigen in der Bereitschaft zur Mitarbeit und zur Abwehr jüdischen Geistes, wie er auch aus den eben erlebten Exzessen des Katholizismus sprach, zu stärken“. Und der Vorsitzende des Evangelischen Bundes in der Ostmark telegraphierte dem Reichskommissar Bürckel⁷⁰: *der evangelische bund, zur wahrung des erbes der deutschen reformation über 50 jahre im kampf gegen den römischen katholizismus, der unter abweichung vom reinen evangelium seit jeher deutschfeindliche politik treibt, verurteilt aufs schärfste die haltung des wiener kardinals und steht im kampf gegen den politischen und religiösen katholizismus im lager des nationalsozialismus. heil hitler! für den hauptverein wien der vorsitzende muhr.*

Ein immer wiederkehrendes Thema in diesem Anschlußjahr 1938 ist der unmittelbare Vergleich Hitlers mit Luther: „Ein einziger Mann, der durch diesen seinen persönlichen Kampf ein ganzes Volk aufrüttelt und wachruft zu neuer geistiger Selbstbesinnung und Selbstbehauptung gegen fremde Machthaber, Bedränger und Ausbeuter.“⁷¹ Wer war damit gemeint – Luther oder Hitler?

Ein paar Bemerkungen zur Evangelisch-Theologischen Fakultät, deren gewählter Dekan Karl Beth (1872–1959)⁷² noch im März 1938 zur Niederlegung seiner akademischen Funktion und seines Lehramtes gezwungen wurde. An seine Stelle trat der Praktische Theologe Gustav Entz, der als das Parteihaupt der Deutschen Christen in Österreich galt. Sieht man von Beth, der nach Amerika emigrierte, und dem reformierten Systematiker Josef Bohatec (1876–1954) ab, so kamen alle Professoren aus dem großdeutschen Lager und zeigten sich begeistert über den vollzogenen Anschluß und profilierten eine spezifische Volkstumstheologie: der Alttestamentler Fritz Wilke (1879–1957), der in der Anschlußnummer des „Evangelischen Deutschland“⁷³ ein Bild der Fakultät als südlichstes wissenschaftliches Bollwerk des deutschen Protestantismus zeichnete; der Neutestamentler Richard Adolf Hoffmann, der deutschchristliche Schulungsbriefe verfaßte und eine Kirchenerneuerung im Auge hatte, die die Grenze zur Häresie überschritt („Eine Religionsform, die derartig ist, daß der Führer sich nicht zu ihr bekennen könnte, kann für das deutsche Volk nicht in Frage kommen, nichts bedeuten.“⁷⁴); schließlich Gustav Entz selbst, der gemeinsam mit studentischen Funktionären das

⁷⁰ AVA Wien, Reichskommissar Bürckel, Ordner 275, Zl. 2520.

⁷¹ *Gustav Entz*, Was hat Luther uns heute noch zu sagen? (Wien 1938) 25. – Der evangelische Schriftsteller *Carl Hans Watzinger* publizierte in dem „Bekenntnisbuch österreichischer Dichter“ [zum Nationalsozialismus] (Wien 1938) 110–111 ein Kapitel seines damals noch unveröffentlichten Lutherromanes („Mensch aus Gottes Hand“), bezeichnenderweise die Szene Luthers vor Kaiser und Reich und noch bezeichnender unter der Überschrift „Deutsche Wende“, wie ja auch der „Anschluß“ unter dieses Leitmotiv gestellt worden war.

⁷² *Ingrid Tschank*, Positive Theologie der Moderne: Der „österreichische“ Theologe Karl Beth, in: Gott und die Moderne. Theologisches Denken im Anschluß an Falk Wagner (Wiener Beiträge für Theologie und Gemeinde 2, Wien 1994) 116–122.

⁷³ *Fritz Wilke*, Am Tor des Südostens, in: Das Evangelische Deutschland 3. 4. 1938, 111 f.

⁷⁴ Zit. Quellentexte, Nr. 63, 195–200, 196.

Projekt einer Grenzlandfakultät mit besonderer Relevanz für die volksdeutschen Studenten aus Südostmitteleuropa entwarf und so der neuen Stellung Wiens als Vorort für den europäischen Südosten Rechnung trug⁷⁵. Er wollte vor allem Donauschwaben, Siebenbürger Sachsen, Sudetendeutsche, Karpatendeutsche als Studenten nach Wien locken. Bei den Berufungen sollte darauf besonders Rücksicht genommen werden. Entz dachte in erster Linie an einen neuen Lehrstuhl für kirchliche und völkische Diasporakunde, dafür wurde der untersteirische Pfarrer Gerhard May (1898–1980) vorgesehen, dessen Buch „Die volksdeutsche Sendung der Kirche“ (Göttingen 1934) große Furore gemacht hatte; weiters dachte Entz an einen eigenen Lehrstuhl für die Kirchengeschichte dieses Raumes, der mit Paul Dedic (1890–1950) hätte besetzt werden sollen. Für die allgemeine Kirchengeschichte wurde der junge karrierebewußte Berliner Patristiker Hans-Georg Opitz (1905–1941) gewonnen, ein Lietzmannschüler, für den auch hohe Parteistellen interveniert hatten, für das NT konnte Gerhard Kittel (1888–1948) 1938 aus Tübingen nach Wien geholt werden, für die Systematik der Bonner Ordinarius Hans-Wilhelm Schmidt (1903–1991)⁷⁶, Nachfolger auf dem Lehrstuhl Karl Barth's. Was hier im Aufbau begriffen war, kann jedoch fraglos als deutschchristliche Fakultät bezeichnet werden. Eine besondere Affinität bestand jedenfalls zur DC-Bibelschule in Bremen und zum Grundmann-Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben in Eisenach⁷⁷.

Doch zum Ausbau der Fakultät kam es nicht, obwohl die Lehrstühle vom Berliner Reichserziehungsministerium errichtet wurden, ihre Besetzung wurde vom Braunen Haus gestoppt, die freiwerdenden Lehrstühle (NT, KG) wurden nicht mehr besetzt, sondern nur mehr durch beamtete Dozenten kommissarisch verwaltet, die allerdings nichts mit DC-Theologie zu tun hatten: Hans von Campenhausen (1903–1989)⁷⁸, Gustav Stählin (1900–1985).

Dieser erste Abschnitt ist mit drei Thesen zusammenzufassen:

1. Die Evangelische Kirche erlebte in den Jahren 1934 bis 1938 eine Politik der Benachteiligung und Entrechtung von außen; sie erlebte in ihrem Inneren aber einen Aufbruch, eine Art Erweckungsbewegung, die weitgehend politisch gesteuert war (Protestantismus als die „deutsche“ Form des Christentums). Die Übertritts-

⁷⁵ Karl Schwarz, „Eine Fakultät für den Südosten“. Die Evangelisch-theologische Fakultät in Wien und der „außendeutsche Protestantismus“, in: Südostdeutsches Archiv 36/37 (1993/94) 84–120.

⁷⁶ Martin Berger, Matthias Geist, Nationalsozialistische Karriere und lutherischer Offenbarungspositivismus: Hans Wilhelm Schmidt (1903–1991), in: Zeitenwechsel und Beständigkeit (wie Anm. 23) 353–389.

⁷⁷ Leonore Siegele-Wenschkewitz, Mitverantwortung und Schuld der Christen am Holocaust, in: EvTh 42 (1982) 171–190, 177 ff.; Susannah Heschel, Theologen für Hitler. Walter Grundmann und das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, in: Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen, hrsg. von Leonore Siegele-Wenschkewitz (Arnoldshainer Texte 85, Frankfurt a.M. 1994) 125–170, 139 f., 153.

⁷⁸ Wolfgang Wischmeyer, Hans von Campenhausen in Wien, in: Zeitenwechsel und Beständigkeit (wie Anm. 23) 209–215.

bewegung des Jahres 1934 bedeutete eine erhebliche Zunahme „politisch Mißvergnügter“, die das Wort von der „Nazi-Kirche“ entstehen ließ – und zwar sowohl in dem positiven werbenden, als auch negativ verurteilenden Sinn. So wurden beispielsweise Unterstützungsgelder an die Angehörigen von NS-Juliputschisten unabhängig von deren Konfessionszugehörigkeit über die evangelischen Pfarrämter verteilt. Sie stammten eindeutig aus NSDAP-Quellen, die getarnt waren. Diese Übertrittsbewegung wurde durch die Behörden behindert, Austrittserklärungen wurden verschleppt oder mißachtet, als Ausdruck politischer Unbotmäßigkeit kriminalisiert.

2. Die geschilderte Konstellation des Politischen Katholizismus im christlichen Ständestaat verhinderte eine der „Bekennenden Kirche“ vergleichbare Bewegung einer kirchlichen Selbstbesinnung. Sie erschwerte darüber hinaus den Kontakt mit Deutschland. Ob der Präsident des Oberkirchenrates zur Amtseinführung des Reichsbischofs Müller reisen durfte, mußte der Bundeskanzler gefragt werden. Berichte über den Kirchenkampf im Dritten Reich, der in Österreich konsequent als Kirchenstreit verharmlost wurde, galten als Propaganda der Ständestaatpresse und wurden nicht ernst genommen⁷⁹.

3. Der Anschluß ließ noch einmal kurz die Eintrittsbewegung aufleben, ab der Jahresmitte überwogen aber bereits die Kirchengaustritte. Die Evangelische Kirche ließ sich als Kirche der Bewegung feiern und grenzte sich insofern stets von der römisch-katholischen Mehrheitskirche bewußt ab, sie beanspruchte ihren Tribut als Allianzpartner der illegalen Nationalsozialisten, verlangte Präsenz in der Öffentlichkeit, mußte aber zusehen, wie sie zunehmend ins Private abgedrängt wurde. Vor allem lehnten die Nationalsozialisten die implizite theologische Deutung des Anschlusses als „ein richtendes Eingreifen des lebendigen Gottes“ ab. Als eine Kirchenzeitung mit einer Anschluß-Sondernummer und einer solchen Sprachregelung an die Öffentlichkeit trat, reagierte ein anonymes Parteimitglied⁸⁰: „Der Führer hat den Anschluß vollzogen und der Gott, an den wir glauben, hat ihn gesegnet. Es ist dies aber nicht der Gott, von dem Ihr Judenbuch [...] spricht, nicht der Ihres jüdischen Psalmisten und ‚Propheten‘ und all jener Gestaltungen in dem größten Schwindelbuch [...], sondern es ist der Gott, der sich in unserem Boden und Blut, in uns offenbart und der uns deutschen Menschen den Führer sandte. Beschmutzen Sie also nicht die große Tat des Anschlusses durch ein schleimiges Geschwätz über die Kraft des ‚Evangeliums‘ [...] Das verbitten wir Nationalsozialisten uns ganz entschieden.“

⁷⁹ Ulrich Trinks, Reaktionen in der Ev. Kirche in Österreich auf Barmen 1934 und den Kirchenkampf im Deutschen Reich, in: Widerstehen. Die Kirche im politischen Spannungsfeld Barmen 1934–1984 (Veröffentlichungen der Ev. Akademie Wien 3, Wien 1985) 27–57, 30; Peter Malina, Berichte aus einem fernen Land? Die Berichterstattung der Reichspost über die Lage der Kirchen in Deutschland 1933, in: Medien & Zeit (1990/4) 11–17.

⁸⁰ Es handelt sich um die sog. „Anschlußpredigt“ von Max Monsky, die in der genannten Kirchenzeitung Jg. 1938, H. 5, 36 ff. erschienen ist. – AVA Wien, Kultus, Fasz. B7 Zeitschriften, Ministerium für inn. und kult. Ang., Zl. 22.426–3b; dazu Unterköfler, Ev. Kirche und Nationalsozialismus (wie Anm. 91) II, 33.

III. Zur „Entkonfessionalisierung der Ostmark“

Unter den Bürckel-Akten findet sich eine Bilanzierung der NS-Maßnahmen gegen die römisch-katholische Kirche unter dem bezeichnenden Titel „Ein Jahr Entkonfessionalisierung der Ostmark“⁸¹. Es handelt sich um einen Erfolgsbericht des Amtes Rosenberg, der die entscheidende entkonfessionalisierende Maßnahme gegen die Evangelische Kirche übersah: die Überleitung des Evangelischen Oberkirchenrates in den innerkirchlichen Bereich durch Gesetz⁸², aber das wurde nicht als Kampfmaßnahme empfunden, vielmehr als Erfüllung eines langjährigen kirchlichen Wunsches⁸³. Der Duktus dieser Erfolgsbilanz zeigt, daß sie ausschließlich gegen den Katholizismus gerichtet war. Sozusagen spiegelbildlich sollte „die schamlos betriebene Konfessionalisierung des gesamten völkischen Lebens“ in der Ständestaatzeit wieder abgebaut und zerstört werden. Das entsprach „dem drängenden Willen des deutschen Volkes der Ostmark“ und betraf das Erziehungswesen und die Ehegesetzgebung. Von den getroffenen Maßnahmen heißt es weiter, daß sie „in ihrer im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung liegenden Klarheit zu einem erheblichen Teil über ähnliche Maßnahmen des Altreiches weit hinaus[gehen]“.

Es gehört zu den widersprüchlichen Seiten dieses Berichtszeitraums, daß der Nationalsozialismus „meßbare Modernisierungsschübe“⁸⁴ mit sich brachte. Ernst Hanisch spricht von „regressiver Modernisierung“, um das Janusköpfige dieser Modernisierung zu kennzeichnen, die einerseits dem Fortschritt im Sinne einer menschenfreundlichen Aufklärung zugewandt war, zum anderen aber, losgelöst von ethischen Grundlagen, bereit gewesen ist, als entfesselte instrumentelle Vernunft der Vernichtung zu dienen. Das Österreich der Jahre 1938/39 stand dem Nationalsozialismus als Laboratorium zur Hand, in dem (mit Hans Mommsen gesprochen) eine „kumulative Radikalisierung“⁸⁵ Platz greifen konnte: In der Judenpolitik, in der Kirchenpolitik und in der Verwaltung, bei der Einheit von Staat und Partei setzte sich hier die jeweils radikalere Variante durch, die dann als Vorbild einer späteren Regelung im „Altreich“ dienen sollte.

Im folgenden soll von vier Modernisierungsschüben die Rede sein, die im Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche zu beobachten waren. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war, daß Österreich als „konkordatsfreier Raum“ betrachtet

⁸¹ AVA Wien, Reichskommissar Bürckel, 268/2500 – in extenso abgedruckt in: *Liebmann*, Theodor Innitzer und der Anschluß (wie Anm. 18) 240–253.

⁸² Dazu zuletzt *Gustav Reingrabner*, Bemerkungen zur rechtlichen Lage des österreichischen Protestantismus in den Jahren zwischen 1938 und 1945, in: *Staat und Kirche in der „Ostmark“* 309–349, 326; *ders.*, Strukturelle Probleme der Leitung der Ev. Kirche in Österreich in den Jahren 1938 bis 1945, in: *JGPrÖ* 107/108 (1991/92) 193–204; *Karl Schwarz*, Der „Anschluß“ 1938 und seine unmittelbaren staatskirchenrechtlichen Folgen für die Ev. Kirche, in: *ÖAKR* 38 (1989) 268–284.

⁸³ *Heinrich Liptak*, Die neue Rechtslage der Kirche, in: *Hans Eder* (Hrsg.), *Die Evangelische Kirche in Österreich* (Berlin 1940) 140–173, 157.

⁸⁴ *Ernst Hanisch*, Der lange Schatten des Staates (wie Anm. 52) 348.

⁸⁵ Ebd. 367.

wurde, weil das österreichische Konkordat von 1933/34 mit dem Anschluß als erloschen galt (so die ausdrückliche Entscheidung Hitlers am 22. Mai 1938, die nachher vom Ausschuß für Religionsrecht rechtstheoretisch unterlegt wurde⁸⁶) und das Reichskonkordat nicht auf Österreich ausgedehnt wurde⁸⁷.

1. Das Zivileherecht. Der österreichische Katholizismus hatte sich schon seit dem 19. Jahrhundert gegen ein modernitätskonformes Eherecht gewehrt und hatte, unterstützt von der Christlichsozialen Partei, am überkommenen konfessionellen Eherecht mit dem Kardinalprinzip der Unauflöslichkeit der Katholikenehe, der Ehe mit einem Katholiken, festgehalten⁸⁸. Von diesem Kardinalprinzip konnten sich die Betroffenen auch nicht durch Kirchenaustritt befreien. Erst mit dem Anschluß an Hitlerdeutschland kommt es zum endgültigen Bruch, erst das Gesetz vom 6. Juli 1938 zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich brachte die obligatorische Zivilehe (und die mit der Einführung des Deutschen Personenstandsgesetzes verbundene standesamtliche Trauungsmatrikel). Dies ermöglichte den vielen von Tisch und Bett geschiedenen Eheleuten (deren Zahl war seit dem Ersten Weltkrieg erheblich angewachsen und hatte zu Hilfskonstruktionen geführt: sogenannten Dispensehen/Severehen, die von den Gerichten unterschiedlich beurteilt wurden⁸⁹) eine vollkommene Trennung des Ehebandes und nachfolgend eine Wiederverheiratung vor dem Standesamt (Zivilehe).

Die katholische Kirche nahm dieses Gesetz ohne großen Protest hin, mußte es wohl hinnehmen, die Evangelische Kirche feierte es hingegen als großen Sieg über das kanonische Recht. Sie richtete sogar eines ihrer zahlreichen überschwenglichen Danktelegramme nach Berlin – „mit dankbarem Herzen“ für die Befreiung aus der Not des kanonischen Eherechts. Von diesem wird gesagt, daß nunmehr „auf untragbare Auffassungen einzelner Religionsgesellschaften“ nicht mehr Rücksicht genommen werden müsse⁹⁰. Die außerordentlich antikatholische Stilisierung dieser Depesche wird nur vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen vergeblichen Ringens um eine Reform des Eherechts in Österreich verständlich, sie verrät ein Triumphgebaren, das eine Antwort auf so manche Demütigung in der Ständestaat-Ära gewesen sein mochte.

⁸⁶ Dazu Winter, Die Wissenschaft vom Staatskirchenrecht (wie Anm. 20) 82–94.

⁸⁷ Werner Weber, Neues Staatskirchenrecht in der Ostmark und im Sudetenland, in: Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht 6 (1939) 450.

⁸⁸ Ernst Hanisch, Bis daß der Tod euch scheidet. Katholische Kirche und Ehegesetzgebung in Österreich, in: Justiz und Zeitgeschichte, hrsg. von Erika Weinzierl, Karl R. Stadler (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften 3, Wien 1977) 17–36; Karl Schwarz, Die Ehescheidung – zwischen biblischer Weisung und säkularer Praxis. Zur Rechtslage in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert, in: Hans Heinrich Schmid, Joachim Mehlhausen (Hrsg.), Sola Scriptura. Das reformatorische Schriftprinzip in der säkularen Welt (Gütersloh 1991) 240–250.

⁸⁹ Ulrike Harmat, Die Auseinandersetzungen um das Ehescheidungsrecht und die sog. „Sever-Ehen“ 1918–1938 (masch. phil. Diss. Wien 1996).

⁹⁰ Quellentexte, Nr. 132, 336–337.

Daß die Kirche schon vor der Einführung der Nürnberger Rassegesetze jüdisch-christliche ‚Mischehen‘ nicht mehr einsegnete („um der Barmherzigkeit willen“, wie es in einem Senioratsbericht hieß⁹¹), verdient als weiterer Beleg für die ideologische Instrumentalisierung festgehalten zu werden⁹².

2. Kirchenbeitragsgesetz 1939⁹³. Ein entscheidender Schritt einer Entflechtung von Kirche und Staat war 1939 mit dem Kirchenbeitragsgesetz erfolgt. Im Unterschied zur Evangelischen Kirche⁹⁴, die schon seit jeher von ihren Angehörigen einen Kirchenbeitrag auf Gemeindeebene einhob (vom Staat erhielt sie daneben eine Staatsunterstützungspauschale, um ärmeren Gemeinden die Finanzierung der Pfarrergehälter zu ermöglichen), wurde die katholische Kirche als Staatskirche zur Gänze von staatlichen Kongrualeistungen erhalten. Das Kirchenbeitragsgesetz machte mit diesen Staatsleistungen (von mehr als 10 000 000 RM⁹⁵) Schluß und zwang die Kirchen zum Aufbau eines selbständigen Finanzierungssystems aus den Mitteln der Kirchenglieder. Das war für die römisch-katholische Kirche etwas völlig Neues, die Nazis rechneten damit, daß dadurch die Kirchenaustrittspropaganda angeheizt werden könne. Kompliziert wurde die Regelung dadurch, daß den Kirchen bei der Betreibung des Kirchenbeitrags das *braccium saeculare* verweigert wurde, so daß sie im Streitfall auf den Rechtsweg verwiesen wurden. Klaus Scholder hat die Intention dieses Gesetzes auf die knappe Formel gebracht: „Trennung von Kirche und Staat [...] mit dem Ziel, die Kirchen als private Vereine verkümmern zu lassen und sie zu gegebener Zeit zu liquidieren.“⁹⁶

3. Beseitigung des kirchlichen Vereinswesens. Dieses Anliegen richtete sich in erster Linie gegen den Politischen Katholizismus⁹⁷. Die Zerschlagung des kirchlichen Vereinswesens löste zugleich die Kirche „aus dem politischen Alltagsgeschäft“ und bedeutete eine „Verkirchlichung des Katholizismus“⁹⁸. Das gilt mutatis mutandis auch für die ca. 320 evangelischen Vereine⁹⁹. Ihr „Generalbevollmächtigter“ war der OKR-Präsident Robert Kauer und seine Taktik ging dahin, die Vermögenswerte der aufgelassenen Vereine der Kirche zu erhalten, was nicht immer gelang, und den jeweiligen Vereinszweck in die Kirche zu integrieren.

⁹¹ Zit. bei Herbert Unterköfler, *Evangelische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich*, in: Informationsdienst der Salzburger Gruppe (1986/1) 29–34, 32.

⁹² Erlaß des OKR Z. 2007/22. 3. 1938 verlangt die Beachtung der Nürnberger Rassegesetze, abgedr. in: Quellentexte, Nr. 118, 314.

⁹³ Maximilian Liebmann, *Die Genese des Kirchenbeitragsgesetzes vom 1. Mai 1939*, in: Hans Paarhammer (Hrsg.), *Kirchliches Finanzwesen in Österreich. Geld und Gut im Dienste der Seelsorge* (Thaur 1989) 93–121.

⁹⁴ Gustav Reingrabner, *Finanzielle Beiträge zur Erhaltung des kirchlichen Lebens und Kirchenbeitragswesens in der Ev. Kirche in Österreich*, ebd. 413–438, 420f.

⁹⁵ zit. bei: Liebmann, Theodor Innitzer und der Anschluß (wie Anm. 18) 253.

⁹⁶ Klaus Scholder, *Österreichs Konkordat* (wie Anm. 20) 237.

⁹⁷ Rupert Klieber, „Widerstand“, „Resistenz“ oder „Widerwillige Loyalität“? Das Ringen ... um die religiösen Vereine ... (1938–1941), in: *Staat und Kirche in der „Ostmark“* (wie Anm. 4) 95–132.

⁹⁸ Hanisch, *Kirche im Widerstand? Die Auseinandersetzung der katholischen Kirche in Österreich mit dem Nationalsozialismus nach 1945*, in: KZG 2 (1989) 158–165, 159.

⁹⁹ Erlaß des Ev. OKR Z. 2310/4. 4. 1938 – abgedruckt in: Quellentexte, Nr. 121, 316–318.

Das kirchliche Vereinswesen hatte eine große Bedeutung als Kommunikationsstruktur, deshalb verursachte seine Auflösung eine erste Ernüchterung.

4. Entkonfessionalisierung der Schule. Der erwähnten „Erfolgsbilanz“ über das erste Jahr „Entkonfessionalisierung der Ostmark“ ist zu entnehmen, daß vor allem auf dem Gebiete des Erziehungswesens die „Systemregierung am zielbewußtesten gearbeitet“ hätte – im Sinne einer Konfessionalisierung des Schulwesens, der Unterstellung desselben unter kirchliche Oberaufsicht oder Einflußnahme¹⁰⁰.

Die erste Kampfmaßnahme betraf das Öffentlichkeitsrecht der konfessionellen Schulen, es wurde ihnen durch Erlaß vom 19. Juli 1938 entzogen. Auch an diesem Punkt kam die Evangelische Kirche dieser Maßnahme zuvor, indem sie bereits im Mai in Aussicht nahm¹⁰¹, das evangelische Schulwesen (94 Volksschulen, 4 Hauptschulen und vier Mittelschulen mit insgesamt ca. 240 Lehrkräften und annähernd 9000 Schülern) als „Morgengabe“ dem Staat in die Hände zu legen. Ein Aufruf an die Angehörigen der Kirche vom 19. Juni 1938¹⁰² versucht, diesen Schritt zu erläutern, weil er offenbar in den schulerhaltenden Gemeinden nicht überall auf ungeteilte Zustimmung gestoßen war – ja im Gegenteil, die Preisgabe des evangelischen Schulwesens durch den Oberkirchenrat hat zu einem spürbaren Meinungswechsel in der evangelischen Bevölkerung beigetragen¹⁰³. Daß dieses Verhaltensmuster des Oberkirchenrates gelegentlich den Katholiken vorgehalten wurde¹⁰⁴, verdient ebenfalls festgehalten zu werden; es betraf aber dann schon den nächsten Schritt, der im Herbst 1938 gesetzt wurde und die Beseitigung des gesamten konfessionellen Schulwesens bedeutete.

Ähnlich radikale Veränderungen brachte der Herbst 1938 auch für den konfessionellen Religionsunterricht, der im Rechtsgefüge der österreichischen Schule Pflichtgegenstand gewesen war, nunmehr aber als „Konfessionsunterricht“ zu einem der kirchlichen Aufsicht entzogenen Abmeldefach mutierte¹⁰⁵.

Weiter wurden alle geistlichen Lehrkräfte, die andere Fächer als den Konfessionsunterricht unterrichteten, aus dem Schuldienst entlassen¹⁰⁶, der Konfessionsunterricht von Staats wegen aber auch nicht mehr finanziert¹⁰⁷.

¹⁰⁰ Ein Jahr Entkonfessionalisierung, fol. 79. Hier auch eine Denkschrift „Entkonfessionalisierung der Erziehung in der Ostmark“, vermutlich erstellt von Oberregierungsrat Kurt Krüger (23. 12. 1939) fol. 16–34. Dazu Robert Höslinger, Die nationalsozialistischen Maßnahmen gegen das kirchliche Schulwesen in Österreich, in: Im Dienste des Rechtes in Kirche und Staat. Festschrift Franz Arnold (Wien 1963) 111–125.

¹⁰¹ Erlaß des OKR Z. 3172/13. 5. 1938 – abgedruckt in: Quellentexte, Nr. 127, 324–325.

¹⁰² Erlaß OKR Z. 4145/19. 6. 1938 – abgedruckt in: Quellentexte, Nr. 130, 328–331; der Aufruf ebd. 331–334.

¹⁰³ Unterköfler, Ev. Kirche und Nationalsozialismus (wie Anm. 91).

¹⁰⁴ Gerhard Wanner, Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg, in: Staat und Kirche in der „Ostmark“ (wie Anm. 4) 451–471, 464.

¹⁰⁵ Alfred Rinnerthaler, Der Konfessionsunterricht im Reichsgau Salzburg (Salzburg 1991).

¹⁰⁶ Liebmann, Theodor Innitzer und der Anschluß (wie Anm. 18) 248.

¹⁰⁷ AVA Wien, Ministerium für innere und kult. Angelegenheiten, Neuer Kultus, B 5 Religionsunterricht, GZ. IV-3-310.478-b/1939. Nach einer Aufstellung des OKR Z.8783/38 vom 17. 2. 1939 bedeutete dies einen Gesamtentgang für die evangelischen Pfarrgemeinden in

Schließlich ist auf den „Abbau der theologischen Fakultäten“¹⁰⁸ hinzuweisen. Von den vier katholisch-theologischen Fakultäten wurden die beiden in Innsbruck (Jesuitenfakultät) und Salzburg noch im Sommer 1938 geschlossen, die Grazer Fakultät wurde mit der Wiener Fakultät zusammengeschlossen, so daß also eine Fakultät übrigblieb. Zu diesem Zeitpunkt träumte die Evangelisch-theologische Fakultät noch von ihrem Ausbau zur Grenzlandfakultät. Es zählt zu den beschämenden Kapiteln der Wiener Universitätsgeschichte, wie versucht wurde, die durch den Abbau der Grazer Fakultät freigewordenen Lehrstühle nach Wien zu transferieren und hier dem Fakultätsausbau dienstbar zu machen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß sich das Programm der Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens primär gegen den Politischen Katholizismus richtete und deshalb von seiten der Evangelischen Kirche begeistert (im Blick auf das Eherecht) oder zustimmend (im Blick auf das Privatschulwesen) mitgetragen wurde. Beim kirchlichen Vereinswesen reagierte man irritiert, bei den Einschränkungen des Religionsunterrichts wurde erstmals Widerspruch laut¹⁰⁹. Als die staatliche Remuneration eingestellt wurde, sprach es auch die Kirchenleitung (Bischof Dr. Hans Eder/RA Dr. Wilhelm Dantine 12. Oktober 1938) aus: „Der Kampf gegen die Kirchen geht los [...] Er richtet sich vor allem gegen den Katholizismus, trifft aber uns noch empfindlicher.“

IV. Die römisch-katholische Kirche – zwischen Anpassung und Widerstand

Es ist die tragende These zahlreicher Arbeiten von Ernst Hanisch, daß die Kirche als partieller Bündnispartner des NS-Staates mitgeholfen habe, „das System zu stabilisieren“¹¹⁰. Vor allem um seine Bezeichnung der Kirche als „Herrschaftsträger“¹¹¹ entspann sich eine heftige Diskussion, die vor allem von Alfred Rinnerthaler in seiner Habilitationsschrift über die Entkonfessionalisierung des Bildungswesens im Reichsgau Salzburg (1990) aufgenommen wurde. Seine Gegenthese lautete, daß die Kirche „kein (auch nur sekundärer) Herrschaftsträger der

Österreich in der Höhe von RM 114.576,99 – das entsprach etwa dem Jahresgehalt von dreißig Pfarrern.

¹⁰⁸ *Liebmann*, Theodor Innitzer und der Anschluß (wie Anm. 18) 249; dazu *Josef Kremsmair*, Nationalsozialistische Maßnahmen gegen katholisch-theologische Fakultäten in Österreich, in: Staat und Kirche in der „Ostmark“ (wie Anm. 4) 133–169.

¹⁰⁹ Beschwerdeschreiben des Unterländer Ev. Senioratsausschusses A. B. Wels 27. 12. 1938 an Reichsstatthalter Seyß-Inquart, abgedr. in: Quellentexte, Nr. 155, 362–365.

¹¹⁰ *Hanisch*, Kirche im Widerstand? (wie Anm. 98) 160; *ders.*, Der österreichische Katholizismus zwischen Anpassung und Widerstand, in: *Zeitgeschichte* 15 (1988) 171–179; *ders.*, Der lange Schatten des Staates (wie Anm. 52) 376–379; zuletzt *ders.*, Gau der guten Nerven. Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938–1945 (Salzburg, München 1997) 120f.

¹¹¹ *Hanisch*, Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich (Salzburg 1983) 166.

(oder in der) NS-Polykratie war“¹¹², und er begründete sie am Beispiel des Konfessionsunterrichts, indem er aufzeigte, daß sie über keine Herrschaftsgewalt verfügte, vielmehr selbst „Opfer“ der NS-Herrschaft geworden sei. Ähnlich ist der Duktus der Arbeiten von Maximilian Liebmann über Theodor Innitzer. Die Entkonfessionalisierungsmaßnahmen werden zum Maßstab der Opferrolle der römisch-katholischen Kirche gemacht, ohne freilich vorher den Begriff der Konfessionalisierung näherhin zu bestimmen. Stattdessen stellt er einen engen und operationablen Zusammenhang zwischen dem Antiklerikalismus der Nationalsozialisten und demjenigen der Austromarxisten her¹¹³. An dieser Beweisführung fällt ein apologetischer Ansatz auf, der an ältere Arbeiten nach 1945 anschließen konnte, die von einer doppelten Opferrolle Österreichs und der katholischen Kirche ausgegangen waren.

Hanisch hat zuletzt klargestellt, daß die Kirche „kein Herrschaftsträger des NS-Systems“ gewesen sei, aber er hat zugleich die These wiederholt, daß sie „ein Herrschaftsträger innerhalb des Systems“¹¹⁴ gewesen sei, „eine organisierte soziale Großgruppe, die ein artikuliertes politisches Interesse besitzt und auch die Mittel hat, dieses Interesse zumindest bei einem Teil der Bevölkerung durchzusetzen“. Als Beleg für diese These führt er einmal die kirchliche/bischöfliche „Demutsgeste der Akkomodation an die NS-Herrschaft“, sodann aber die „funktionelle“ Bündnispartnerschaft der Kirche in der Gestalt der „Staatstreue“ und des Gehorsams gegenüber der Obrigkeit (Rö 13) an.

Es ist zu fragen, ob diese beiden Standpunkte so kontradiktisch zu verstehen sind, wie sie hier gegenüberstehen als Entweder-Oder. Die Wahrheit war vermutlich viel komplizierter, die Kirchen waren sowohl funktionelle Bündnispartner des NS-Regimes als auch Opfer. Es liegt auf der Hand, daß beide Kirchen durch die NS-Machthaber instrumentalisiert wurden, sich instrumentalisieren ließen, und zwar im Blick auf einen anzustrebenden Kirchenfrieden, der sogar für das Altreich Modellcharakter bekommen, ja zu einer Befriedung des Kirchenkampfes führen sollte. So ließen sich die Bischöfe bewegen, eine „Feierliche Erklärung“ (18. März 1938) zu unterzeichnen, die ihnen von Hitlers Anschlußbevollmächtigtem, Joseph Bürckel, unterschoben wurde. Sie meinten, damit den neuen Machthabern „in unwichtigen Sachen entgegenzukommen, um Größeres zu erwirken, mitzuhelfen, daß die Regelung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche im Frieden erfolge“, wie es der Salzburger Erzbischof Waitz in seinem Tagebuch beschrieb¹¹⁵. Daß Innitzer diese Erklärung mit einem Begleitschreiben an Bürckel übersandte, das er handschriftlich mit „Heil Hitler“ unterzeichnete, brachte die

¹¹² Rinnerthaler, Konfessionsunterricht (wie Anm. 105) 7.

¹¹³ Vom 12. Februar 1934 über den Antiklerikalismus zum Nationalsozialismus, in: Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz 3 (1984/85) 49–55; in diesem Sinne auch Dieter A. Binder, Zum Antiklerikalismus in der Zwischenkriegszeit, in: Forschungen zur Landes- und Kirchengeschichte. Festschrift für J. Helmut Mezler-Andelberg (Graz 1988) 63 ff.

¹¹⁴ Hanisch, Der lange Schatten des Staates (wie Anm. 52) 376; ders., Gau der guten Nerven (wie Anm. 110) 120 ff.

¹¹⁵ Zit. bei Liebmann, Theodor Innitzer und der Anschluß (wie Anm. 18) 115.

NS-Propagandamaschine auf volle Touren, die alsbald Erklärung und Hitlergruß in millionenfacher Auflage als Flugblatt verteilte und zur Vorbereitung der Volksabstimmung plakatierte. Innitzer wurde daraufhin nach Rom gerufen, wo ihm dargelegt wurde, welchen katastrophalen Eindruck die „Feierliche Erklärung“ in der katholischen Welt, namentlich in Deutschland, gemacht habe. Eine Interpretation der Feierlichen Erklärung wurde Innitzer in Rom (6. April 1938) zur Unterzeichnung vorgelegt, ein Pacelli-Text, der umgehend über den *L'Osservatore Romano* publik gemacht wurde und der die Erklärung vom 18. März einschränkte: Sie sei keine Billigung dessen, „was mit dem Gesetze Gottes, der Freiheit und den Rechten der katholischen Kirche“ nicht vereinbar sei, sie dürfe „von Staat und Partei nicht als Gewissensbindung der Gläubigen verstanden und propagandistisch verwertet werden“. Hitler, der für den 9. April 1938 eine bindende Erklärung zur Lage der katholischen Kirche abgeben wollte, trat nun infolge der Rom-Erklärung Innitzers von dieser Absicht zurück, das zweite Treffen mit dem Kardinal erfolgte in frostiger Atmosphäre. Dennoch lieferten die Kirchen bei der Schlußkundgebung am Abend des 9. April eine tiefe symbolhafte Zustimmung zum Anschluß¹¹⁶: beim „Niederländischen Dankgebet“, als die Worte „Herr mach uns frei“ erklangen, da fingen alle Glocken in Deutschland und Österreich an zu läuten und krönten gewissermaßen den pseudoreligiösen Zauber dieses Anschlußgeschehens.

¹¹⁶ *Hanisch*, Gau der guten Nerven (wie Anm. 110) 40.